Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 129. Freitag den 9. Mai 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Steckbrief.

Gegen den unten beschriebenen Schuhmacher Friedrich Benedikt, geboren 1. Juni 1864 zu Weidenhayn bei Torgau, zuletzt in Mittelsinig, bis Ende 1889 in Wolfmarsdorf, Nabelhstraße Nr. 49, wohnhaft, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen zweifachen Mordes verhängt.

Derselbe hat in voriger Woche in Leipzig und den Vororten sich aufgehalten und in Leipzig mehrfach unter dem Namen: „Karl Grossmann, Schuhmacher aus Leisnig oder Dobernitz", in Gasthäusern genächtigt. Noch am letzten Sonnabend ist er hier aufgetreten.

Es wird Jedermann dringend ersucht, Mittheilungen, die auf seine Spur führen können, sofort der unterzeichneten Behörde oder den Polizeiorganen zugehen zu lassen.

Im Betretungsfalle ist Benedikt zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern.

Leipzig, den 8. Mai 1890.

Königliche Staatsanwaltschaft.
Dr. Nagel.

Beschreibung.

Statur: untermittel, schmächtig;
Haare: hellblond, etwas gekräuselt, dunkelblond, in der Mitte gescheitelt;
Bart: schwaches, dunkelblondes Schnurrbärtchen, schwacher sogen. Ohrenbart;
Augenbrauen: dunkelblond;
Augen: blau;
Nase: länglich;
Mund: breit;
Zähne: vollständig;
Gesicht: mager, länglich, blaß;
Kleidung: dunkler Jaquetrock, dunkler, steifer Filzhut oder Cylinder.
Besondere Kennzeichen:
Narbe am Kinn, von der oberen rechten zur unteren linken Seite führend;
rechtes Bein etwas verkürzt, steif, daher harter, scharfer Tritt (etwas schleppend);
stechender Blick;
lange, knochige Finger.

Bekanntmachung.

Die diesjährige **Ostermesse** endet mit dem 10. Mai.

An diesem Tage sind die Buden und Stände auf den Plätzen **der inneren Stadt** bis 4 Uhr Nachmittags vollständig zu räumen, während deren Entfernung bis spätestens 8 Uhr Morgens des 11. Mai stattzufinden hat.

Die auf dem Augustusplatze und auf den öffentlichen Wegen und Plätzen **der Vorstadt** befindlichen Buden und Stände sind bis Abends 8 Uhr des 10. Mai zu räumen und in der Zeit vom 11. bis mit 14. Mai, jedoch lediglich während der Stunden von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends abzubrechen und wegzuschaffen.

Vor dem 11. Mai darf mit dem Abbruche der Buden und Stände auf dem Augustusplatze nicht begonnen werden.

Dagegen ist es gestattet, Buden und Stände auf dem Roßplatze, welche vor Beendigung der Messe leer werden, früher abzubrechen und wegzuschaffen, sofern nicht dadurch Störung des Verkehrs oder Beeinträchtigung des Geschäfts in den stehenbleibenden Buden herbeigeführt wird.

Es bleibt auch diesmal nachgelassen, die Schaubuden auf dem Roßplatze und Königsplatze, sowie diejenigen Stände daselbst, **an welchen nur Lebensmittel feilgeboten werden,** noch am 11. Mai geöffnet zu halten.

Die Schaubuden, sofern sie auf Schwellen errichtet, ingleichen die Carroussels und Zelte, sind bis Abends 11 Uhr des 13. Mai, diejenigen Buden aber, rücksichtlich deren das Eingraben von Säulen und Streben gestattet und eine längere Frist zum Abbruche nicht besonders ertheilt worden ist, bis längstens den 17. Mai, Abends 8 Uhr abzubrechen und von den Plätzen zu entfernen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften, für deren Befolgung bezieheutlich auch die betreffenden Bauhandwerker oder Bauunternehmer verantwortlich sind, werden mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haft geahndet werden.

Uebrigens haben Säumige auch die Nöthigenfalls wegen zu verfügende Beseitigung der Buden zu gewärtigen.

Leipzig, am 6. Mai 1890.
IX. 2941. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Leistner.

Gesucht

wird der am 23. September 1848 in Leipzig geborene Schieferdecker

Johann Karl Langhanns,

welcher zur Fürsorge für seine der öffentlichen Armenfürsorge anheimgefallene Familie anzuhalten ist.

Im Betretungsfalle bitten wir, denselben sofort mittelst Zwangspasses anher zu weisen.

Leipzig, am 2. Mai 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. B. V. 723c. Ludwig-Wolf. Feiler.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Dienstag, den 13. Mai a. c.,
Vormittags von 9 Uhr an,

eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe u. s. w. meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 7. Mai 1890.
Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungphanel.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Localitäten bleibt die **große Rathsstube**

Montag, den 12. d. Mts.,

geschlossen.

Leipzig, den 5. Mai 1890.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Grützel.

Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 14. Mai d. J., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstrevier **Connewitz,** Abth. 8, 23 und 25,

ca. 400 Haufen klar gemachtes hartes Stockholz und 40 Langhaufen, Schlagreisig,

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage an der Zwenkauer Straße und dem Gautzscher Felde.

Leipzig, am 5. Mai 1890.
Des Raths Forstdeputation.

Die Lage nach der Eröffnung des Reichstages.

Die Thronrede, durch welche der Kaiser am 6. Mai den Reichstag eröffnete, ist überall mit Zustimmung begrüßt worden. Man erkennt darin das Walten einer ihrer Aufgabe wohl bewußten Kraft, welche ihr Ziel consequent und ohne Schwanken verfolgt. Es ist das Streben hervorgetreten, die Thätigkeit des Reichstages trotz der vorhandenen Parteigegensätze zu einer ersprießlichen zu gestalten, das Arbeitspensum ist so gewählt, daß alle Parteien bei Bewältigung desselben friedlich und einmüthig zusammenwirken können. Der versöhnende Hauch, welcher über dem Reichstage schwebt, ist auch in dem Verhältniß sichtbar geworden, in welches das preußische Herrenhaus und der Reichstag dem geschiedenen Reichskanzler gegenüber getreten sind.

Es waren warme Worte, welche der Generalberichterstatter v. Pfuel im Herrenhause dem Fürsten Bismarck gewidmet hat, und sie werden dem großen Staatsmann in seiner Waldeinsamkeit wohl gethan haben. Herr von Pfuel dankte dem Fürsten im Namen des Hauses für Alles, was er in seinem mühevollen Leben für Preußen, für Kaiser und Reich in aufopfernder Arbeit und treuer Vaterlandsliebe gethan hat. Der Redner erklärte es für unmöglich, daß sich Jemand trotz widersprechender Ansichten, trotz erregter Parteileidenschaft der Ueberzeugung verschließen könne, daß wir die jetzige Machtstellung Deutschlands nächst Kaiser Wilhelm I. in hervorragender Weise seinem ersten Kanzler und Minister verdanken. Herr v. Pfuel erinnerte auch an die Kundgebungen der Dankbarkeit, welche den Fürsten bei seinem Scheiden aus Berlin aus dem Volke heraus entgegengebracht worden sind, und leitete daraus das Recht und die Pflicht des Herrenhauses, dem Fürst Bismarck angehöre, her, auszusprechen, daß hier die Bewunderung und die Dankbarkeit unter den Lebenden nur mit dem Tode, daß sie im Herrenhause nie enden werde. Herr v. Pfuel gab diesen Worten der Anerkennung für den geschiedenen Staatsmann einen ebenso geschickten als durch die Sachlage gebotenen Abschluß, indem er des jungen erhabenen Kaisers gedachte, welcher das Staatsschiff mit ebenso kräftiger Hand in sicherem Curse leite. Die Schlußworte der denkwürdigen Rede lauteten: „Vertrauen wir, daß die Zukunft unseres geliebten Preußens eine gesegnete und ruhmreiche unter dieser Führung bleiben wird."

Die sehr beifällig aufgenommene Rede des Generalberichterstatters erhielt noch eine Ergänzung durch den folgenden Redner, den Grafen Hohenthal, welcher seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß Herr v. Pfuel dem Abgeordnetenhause dadurch einen Vorsprung abgewann, daß er dem großen Staatsmanne, dem jetzt in der Reichshauptstadt ein Denkmal errichtet werden solle, ein kleines Denkmal in dem Hause errichtet habe, dem er angehöre. Nach dieser Abschweifung auf das persönliche Gebiet sprach sich Graf Hohenthal in sehr bemerkenswerther Weise über die gegenwärtige Lage aus. Für ihn ist es keine Frage, daß eine neue Aera begonnen habe, und wo alle Kräfte sich rühren und regen, dürfe auch das Herrenhaus nicht zurückbleiben in der sachlichen und freimüthigen Kritik der öffentlichen Zustände.

Dann ging der Redner auf die sociale Bewegung über. Man überschätze vielfach die Gefahr derselben, denn bei der Umsicht unserer Executive und bei der Stärke unseres Heeres müsse jeder Versuch, an der Rechtsordnung zu rütteln, erfolglos bleiben. Er habe das Gefühl, daß jetzt eine nüchterne Erwägung und feste Entschlossenheit die charakteristischen Seiten der Amtsführung der Regierung sein werden. Dazu komme das fest entschlossene Vorgehen der Arbeitgeber gegen den Contractbruch. Der 1. Mai sei ein Hohn auf die zehnjährige Socialreform gewesen. Was wäre ohne die Entschlossenheit der Arbeitgeber aus der Monarchie geworden? Der 1. Mai sei vorüber, aber der 1. October stehe bevor, wo wir ohne Socialistengesetz sein werden. Er fürchte doch, daß die Zügellosigkeit dann zunehmen werde. Ohne eine solches Gesetz könne das Gefühl der bisherigen Sicherheit nicht bestehen bleiben, man müsse daher daran denken, wie für dieses Gesetz Ersatz zu schaffen sei. Er habe diese Frage hier zur Sprache gebracht, weil auch die Mitglieder des Herrenhauses Volksvertreter seien und vielleicht mehr berufen, sich zu äußern, als andere, die ihre Aufgabe immer nur in der Bekämpfung der Regierung gesehen haben.

Die Rede des Grafen Hohenthal ist ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit, denn bei aller Mäßigung in der Form ist sie dennoch vom Geiste der Opposition durchdrungen. Die neue Aera ist offenbar nicht nach seinem Geschmack, obwohl er zugesteht, daß die Regierung über hinreichende Machtmittel verfügt, um jedes Rütteln an der Rechtsordnung zu verhindern. Er richtet seine Hoffnungen jetzt in erster Linie auf die Arbeitgeber, die am 1. Mai die Monarchie durch ihre Entschlossenheit gerettet hätten. Hier geht Graf Hohenthal viel zu weit, denn die Monarchie ist auch in solchen Staaten nicht in Gefahr gekommen, wo die Arbeitgeber den Forderungen der Arbeiter gegenüber am 1. Mai machtlos waren. Aber darin wird der Redner vielfach Zustimmung finden, daß nach dem 30. September, an welchem Tage das Socialistengesetz seine Geltung verliert, die Zügellosigkeit zunehmen wird. Die Regierung wird dann eben sehr energisch gegen alle socialistischen Ausschreitungen vorgehen müssen, wenn sie dieser Zügellosigkeit Herr werden will, darin wird der Ersatz des Socialistengesetzes bestehen, welchen Graf Hohenthal für nothwendig erklärt.

Das Herrenhaus als Hort des Conservatismus in Preußen hat sich in die neue Aera noch nicht hineingefunden, es steht mit seinen Anschauungen und Sympathien noch in der Vergangenheit und gedenkt mit Wehmuth des Fürsten Bismarck, welchem der Großgrundbesitz zu besonderem Danke verpflichtet ist. Die Ovation für den Fürsten Bismarck war Herrn v. Pfuel Herzensbedürfniß, aber es scheint, daß sie nicht einer augenblicklichen Eingebung entsprang, sondern vorbereitet war, sie sollte zugleich einen Tadel für die theilnahmlose Haltung des Abgeordnetenhauses beim Scheiden des Fürsten aus dem Amte darstellen. Es gab allerdings eine Zeit, in welcher das Herrenhaus dem Fürsten Bismarck in erbitterter Opposition gegenüberstand, in der Verlemmundungsära, in welcher die „Reichsglocke" ihren Schall ertönen ließ und die „Kreuzzeitung" in den Bann gethan wurde. Das ist jetzt Alles vergeben und vergessen, die Freundschaft des Herrenhauses für den Fürsten Bismarck ist so innig, als sie nur je gewesen ist.

Auch im Reichstage ist der Verdienste des Fürsten Bismarck gedacht worden, Präsident von Levetzow knüpfte an die Verlesung des Schreibens, in welchem General von Caprivi dem Reichstage seine Ernennung zum Reichskanzler mittheilt, folgende Worte: „Die unsterblichen Verdienste, die Fürst Bismarck als erster deutscher Reichskanzler sich um die Aufrichtung, um den Ausbau, um die Machtstellung des Deutschen Reiches erworben hat, werden und können im deutschen Volke und im deutschen Reichstage niemals vergessen werden." Der Unterschied zwischen der Rede des Herrn von Pfuel und des Reichstagspräsidenten ist in die Augen springend. Wenn die Worte Herrn von Levetzow's an Knappheit und an prägnanter Kürze des Ausdrucks nichts zu wünschen übrig lassen, so befanden sich unter den Zuhörern doch gewiß viele, welche diese Eigenschaften nicht als einen besonderen Vorzug der Worte des Präsidenten ansehen mögen. Aber als Erklärung dient die Zusammensetzung des Reichstages, in welchem das Centrum die größte Partei ist und die Freisinnigen und die Socialdemokraten einen beträchtlichen Bruchtheil darstellen. Unter solchen Umständen mußte Alles vermieden werden, was eine Erwiderung hervorrufen konnte.

Leipzig, 9. Mai.

* Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Justizwesen, die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr sowie der Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen hielten am Mittwoch Sitzungen.

* Mit Bezug auf die Mittheilung der „Hamburger Nachrichten" über den Gebrauch von Morphium durch den Fürsten Bismarck erfährt die „Nationalzeitung" das Folgende: Auf die an den Kaiser gebrachten Gerüchte, wonach Fürst Bismarck von Morphium einen allzu häufigen Gebrauch mache, berief der dadurch besorgt gemachte Kaiser den Leibarzt des Fürsten, Dr. Schweninger, um sich an erster Quelle zu unterrichten. Dr. Schweninger erklärte, daß Fürst Bismarck auf seine Anordnung und unter seiner Aufsicht gegen heftig auftretende neuralgische Schmerzen und gegen Schlaflosigkeit Morphium als Medicament unter den von der Wissenschaft vorgeschriebenen Cautelen hier und da benutze, ein weiterer Gebrauch aber durchaus nicht stattfinde. Mit dieser den Kaiser von seinen Besorgnissen befreienden Mittheilung war die Angelegenheit erledigt.

* Wie der „Frankfurter Zeitung" aus Hamburg gemeldet wird, soll der dortige preußische Gesandte von Kusserow, der sich kürzlich in Schwerin verheirathet hat und sich auf der Hochzeitsreise befindet, seiner Stellung enthoben worden sein. Es wird behauptet, von Kusserow habe bereits vor längerer Zeit seinen Abschied nachgesucht.

* Die deutsche Reichspartei hat ihre erste Fractionssitzung gehalten und ihren collegialischen Vorstand gewählt, der aus den Herren Graf Behr, v. Kardorff und Merbach besteht; Schriftführer sind die Herren Ober-Bürgermeister Müller und Landrath v. Hellmann.

* Eine traurige Erscheinung der jüngsten Zeit ist die Fabrikation von Nachrichten in der Presse. So veröffentlichte kürzlich die „Kreuz-Zeitung" ein sensationelles Telegramm aus St. Johann, wonach der Kaiser einen beabsichtigten Besuch im Saarrevier mit Rücksicht auf die unter Stumm'schen Arbeitern entstandene Bewegung aufgegeben habe. In ihrer jüngsten Ausgabe berichtigt die „Kreuz-Zeitung" das ihr von dem Bureau „Herold" übermittelte Telegramm, indem sie auf Grund zuverlässiger Mittheilungen constatirt, daß dasselbe, soweit es sich auf die Stumm'schen Arbeiter bezieht, durchaus unrichtige Nachrichten enthält. Die „Post" ist nun in der Lage, diese Berichtigung dahin zu ergänzen, daß nicht blos die Nachricht von einer Bewegung unter den Stumm'schen Arbeitern, sondern daß der gesammte Inhalt jenes Telegramms vom ersten bis zum letzten Worte auf Erfindung beruht.

* Wie nothwendig die Einführung deutschen Unterrichtes in den dänischen Schulen im nördlichen Schleswig war, geht aus den letzten, aus dem Jahre 1886 stammenden statistischen Angaben über die Familiensprache der Schulkinder deutlich hervor. In den Kreisen Hadersleben, Apenrade, Sonderburg, Flensburg und Tondern gab es 24 088 Schulkinder, welche in der Familie nur dänisch, und nur 1374 Kinder, welche im elterlichen Hause neben dem Dänischen auch deutsch redeten. Bereits im Jahre 1878 hatte die Regierung angeordnet, daß in den dänischen Schulen Nord-Schleswigs auf den Unterricht in deutscher Sprache 12 Stunden in der Woche zu verwenden seien. Ende 1888 verfügte aber das Unterrichtsministerium, daß die Unterrichtssprache in allen nordschleswigschen Schulen für alle Lehrgegenstände, mit alleiniger Ausnahme des Religionsunterrichts, das Deutsche sein solle. Nur im ersten Schuljahre dürfen sich die Lehrer, so weit und so lange es erforderlich ist, des Dänischen bedienen, um die nur dänisch sprechenden Kinder in die deutsche Sprache einzuführen. In den Kirchspielen mit dänischer Kirchensprache wird der Religionsunterricht in dänischer Sprache ertheilt, soweit nicht die deutsche Sprache bisher schon auch bei diesem Unterrichte zur Anwendung gekommen ist. Die Zahl der wöchentlichen Religionsstunden ist auf sechs erhöht worden mit der Maßgabe, daß die hinzutretenden zwei Stunden auf der Mittel- und Oberstufe in deutscher Sprache ertheilt werden können bez. ertheilt werden müssen. Die Schulinspectoren und die Lehrer haben sich im Verkehr mit den Kindern der deutschen Sprache zu bedienen und darauf zu achten, daß dies mehr und mehr auch im Verkehr der Kinder unter einander geschieht. Diese ministerielle Verordnung erregte weniger bei den einen deutsch-dänischen Dialect redenden Nord-Schleswigern, als vielmehr bei den dänischen Führern, insbesondere bei einem Theil der dänischen Geistlichkeit großen Unwillen, der sich in einem offenen Sendschreiben des Pfarrers M. Hansen in Bonstid kund gab. In den letzten Wochen ist nun dieses Sendschreiben von einem in der Apenrader Gegend lebenden Geistlichen einer scharfen Beurtheilung unterzogen worden. Derselbe tritt nicht nur für rein deutschen Religionsunterricht, sondern auch für Einführung der hochdeutschen Sprache in den Kirchen rückhaltlos ein. Er schreibt in seiner „deutschen Antwort" auf das Sendschreiben Hansen's unter Anderm Folgendes: „Die jetzt noch bestehende Einrichtung für den Religionsunterricht in der Schule, die offenbar nur als Uebergang besteht, giebt zu Mißständen im Schulunterricht Veranlassung; diese aber können einzig und allein beseitigt werden, wenn in allen Schulen Nord-Schleswigs auch für den Religionsunterricht ausschließlich die deutsche Sprache als Unterrichtssprache eingeführt wird. Diejenigen Schulgemeinden, die in richtiger Erkenntniß dieser Sachlage auch bereits um ausschließlich deutschen Unterricht nachgesucht haben oder demnächst nachsuchen werden, handeln durchaus nur im Interesse ihrer Schule und somit nur zu Gunsten ihrer Kinder. Wenn aber die Schule in dieser Weise hinlänglich vorbereitet hat, so wird in allen Kirchen Nord-Schleswigs die deutsche Sprache auch die Kirchensprache werden, und die Einführung derselben wird gar nicht erst durch Verfügungen und Erlasse, weder der weltlichen noch der geistlichen Oberbehörden gefördert zu werden brauchen, sondern die nordschleswigschen Gemeinden werden immer mehr zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß ganz unbeschadet ihrer Muttersprache und ganz unbeschadet der kirchlichen und häuslichen Erbauung die Kirchensprache die deutsche Sprache sein kann. Wurde doch auch in den meisten oder doch sehr vielen Kirchen Nord-Schleswigs, in welchen jetzt die dänische Sprache die herrschende Kirchensprache ist, in früheren Zeiten in plattdeutscher Sprache gepredigt!"

* Aus Freiburg, 5. Mai, wird gemeldet:

In Anwesenheit des Großherzogs wurde heute in unseren Mauern das 25jährige Jubiläum der badischen Kreisverfassung festlich begangen. Im Saale des Kornhauses hatte sich eine große und glänzende Versammlung aus allen Theilen des Landes um unseren Landesfürsten zusammengefunden, wobei insbesondere Staatsminister Turban und Geheimrath Lamey die Blicke Aller auf sich lenkten. Letzterer wurde auf Beschluß der 11 Kreisausschüsse des Landes zum Vorsitzenden bestimmt. Freiherr v. Böcklin, Vorsitzender des Kreisausschusses Freiburg, und Oberbürgermeister Winterer-Freiburg hielten Begrüßungsansprachen. Dr. Blum-Heidelberg, Landtagsabgeordneter, entwarf ein Bild der Thätigkeit der Kreise seit ihrem 25jährigen Bestande. Geheimrath Lamey feierte die Verdienste unseres Großherzogs um die Selbstverwaltung und brachte denselben ein Hoch dar. Der Großherzog sprach mit hoher Anerkennung von Lamey's Leistungen auf jenem Gebiete und brachte ein Hoch dem Jubilar. Vor Beginn des Festmahls im „Zähringer Hof" wurde durch die Vertreter der 11 Kreise des Landes dem um die Schaffung der Kreisverfassung so hochverdienten Geheimrath Lamey ein silberner Lorbeerkranz von prachtvoller Arbeit als Ehrengeschenk überreicht. Bei dem Festmahl trank Lamey auf den Großherzog, Freiherr von Böcklin auf die Großherzogin. Der Großherzog ergriff darauf das Wort zu einer längeren Ansprache. Indem er davon ausging, daß seine Regierungsthätigkeit nur das Wohl seines Volkes im Auge habe, wies er im weiteren Verlaufe darauf hin, daß in den 25 Jahren, deren Gedächtniß heute gefeiert werde, viele andere Ereignisse an uns vorübergegangen seien, die wir über dem engern eigenen Interesse nicht vergessen dürften — die Einigung Deutschlands, die immerfort von äußern und innern Feinden bedroht sei und ein festes, einiges Zusammengehen erfordere. Er gebe dem deutschen Volke gerne darüber das Zeugniß des Lobes, daß es diese Einheit zu Stande gebracht, was aber nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht die Idee der Nationalität dazu getrieben hätte. Auf allen Gebieten des Volkswohls erheben sich schwierige Fragen, aber die Kraft und der gute Wille des Volkes haben Ihn so bewährt, daß der Großherzog mit freudiger Zuversicht in die Zukunft schaue; aber zur Sicherung einer guten Zukunft müsse Jeder beitragen und wirken, um unser engeres Vaterland Baden zur Wohlfahrt zu führen. — Der Großherzog kehrte um 4 Uhr Nachmittags nach Karlsruhe zurück. Am Abend war Beleuchtung der Münsterpyramide und des Schloßberges und sodann Festconcert in der Sängerhalle. Morgen werden die Festlichkeiten mit einer Fahrt auf der Höllenthalbahn nach dem Titisee beschlossen.

* Zu den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen werden in Berlin auch die hervorragenden süddeutschen Minister, insbesondere Freiherr v. Crailsheim und Dr. v. Mittnacht, und zwar schon in den nächsten Tagen, wie aus Berlin gemeldet wird, eintreffen. Der Reichskanzler v. Caprivi hatte ursprünglich beabsichtigt, sie in ihrer Heimath zu besuchen, konnte aber diese Absicht in Folge der gewaltigen Arbeitslast, die auf ihn gleich von Anfang eindrängte, nicht ausführen. Jetzt werden die süddeutschen Minister die beste Gelegenheit haben, mit dem neuen Reichskanzler Fühlung zu nehmen. — Nach einer Meldung aus München werden die Minister v. Crailsheim und v. Feilitzsch sich am 11. Mai nach Berlin begeben.

* * *

* In Beantwortung der Interpellation der Altczechen wegen der Concursausschreibung einzelner Richterstellen ohne die Bedingung der Kenntniß der böhmischen Sprache erklärte der Justizminister im österreichischen Abgeordnetenhause, daß hierbei genau nach den bestehenden Vorschriften vorgegangen worden sei; er werde, da ihm die Befugniß zustehe, nach genauer Prüfung der Sachlage entscheiden, ob die Kenntniß der böhmischen Sprache nach den Sprachverhältnissen der Bevölkerung und nach den praktischen Anforderungen der Rechtspflege nothwendig sei; hiernach werde er pflichtgemäß vorgehen.

* Aus Petersburg, 6. Mai, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Der hier eingetroffenen, aus dem Adelsvertreter Senator Haartmann, dem Vertreter der Geistlichkeit Erzbischof Newsky, dem Bürgervertreter Kaufmann Kurtin und dem Bauernvertreter Bauerngerichtsbeisitzer Slotte bestehenden Abordnung von Vertrauensmännern der vier Stände auf dem finnländischen Landtag wurde der nachgesuchte Gesammtempfang verweigert. Sie sollte den Kaiser auf die durch die Bedrohung der verfassungsmäßigen Sonderrechte und das planmäßige Hetzen der russischen Presse in Finnland geschaffene Erregung und Beunruhigung aufmerksam machen und um Erhaltung der bestehenden, vom Kaiser bei seinem Regierungsantritt urkundlich wiederbestätigten Verfassung in allen Theilen bitten. Nur Erzbischof Newsky wurde allein zu einer bedeutungslosen Privataudienz zur Kaiserin befohlen. Der auf 1891 einberufene ordentliche finnländische